

# Warum ein starker Staat Mitwirkung braucht

## THESE 10: Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie

geschrieben von Kai Niebert

An einem Samstagmorgen, irgendwo zwischen Streuobstwiese und Amphibienzaun, stehen zehn Menschen in Gummistiefeln. Sie tragen keinen Anzug, sondern wetterfeste Jacken und gute Laune. Neben ihnen quakt ein Frosch, über ihnen rauscht die Straße. Wer das beobachtet, sieht den Staat bei der Arbeit – nur eben nicht im Amtszimmer, sondern im Moor.

Cicero hätte diesen Anblick gemocht. Für ihn war die *res publica* – die öffentliche Sache – wörtlich die Sache des Volkes. Ein Staat, so schrieb er, ist keine Ansammlung von Gesetzen oder Gebäuden, sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die durch gemeinsame Verantwortung verbunden sind. Oder in heutiger Sprache: Ein Staat funktioniert nur, wenn seine Bürgerinnen und Bürger mitmachen. Nicht der Staat sorgt für unser Gemeinwohl – wir sind das Gemeinwohl.

Diese Idee ist in Deutschland quicklebendig. Fast 40 Prozent der Bevölkerung, rund 28,8 Millionen Menschen, engagieren sich freiwillig. Sie trainieren Jugendmannschaften, organisieren Tafel-Ausgaben oder pflegen Streuobstwiesen. Dieses Engagement ist keine Kür – es ist die eigentliche Infrastruktur der Demokratie. Denn eine Gesellschaft, in der Menschen Verantwortung übernehmen, hält besser zusammen als eine, die nur auf Verwaltung vertraut.

Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigen: Wo Menschen sich engagieren, wächst das Vertrauen – in andere, in Institutionen, in die eigene Wirksamkeit. Vereine und Initiativen sind Kitt zwischen Milieus, Religionen und Generationen. Sie überbrücken, was politische Lager trennt. Oder, etwas handfester: Bevor Gesetze zusammenhalten, tun es Chöre, Feuerwehren und Naturschutzgruppen.

Besonders sichtbar wird das im Naturschutz. Hier zeigt sich, wie sehr Staat und Zivilgesellschaft einander brauchen. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) zählt rund 85.000 Ehrenamtliche, die zusammen etwa drei Millionen Stunden pro Jahr leisten. Beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sind es über 30.000 Engagierte – ebenfalls rund drei Millionen Stunden. Der Deutsche Alpenverein bringt mit seinen 34.700 Freiwilligen etwa 2,5 Millionen Stunden im Jahr auf – eine Leistung, die der Verband auf rund 36,9 Millionen Euro Wertschöpfung beziffert. Der Deutsche Wanderverband lässt durch 20.000 Wegezeichnerinnen und -zeichner rund 200.000 Kilometer Wege instand halten, was über 350.000 Stunden Ehrenamt bedeutet. Und der Landesbund für Vogelschutz in Bayern berichtet regelmäßig von mehr als zwei Millionen Stunden bürgerlicher Naturpflege.

Diese Zahlen sind nicht nur beeindruckend – sie sind systemrelevant. Ohne dieses Engagement könnte Deutschland seine internationalen Verpflichtungen im Natur- und Artenschutz kaum erfüllen. Die EU-Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinien leben von Daten, die Bürgerinnen und Bürger sammeln. Projekte wie [ornitho.de](http://ornitho.de) oder die »Stunde der Gartenvögel« liefern Millionen Beobachtungen, die keine Behörde je erfassen könnte. Würde man für diese Arbeit Beamtinnen und Beamte bezahlen, wäre der Bundeshaushalt schneller leer, als ein Frosch springen kann.

Das Ehrenamt ersetzt den Staat nicht – es komplementiert ihn. Es schafft Nähe, wo Verwaltung Distanz braucht. Es bringt Wissen, wo Behörden auf Daten warten. Und es hält die Gesellschaft beweglich, wenn Gesetze noch verhandelt werden. Deshalb sollte Politik bürgerschaftliches Engagement nicht nur würdigen, sondern aktiv ermöglichen.

Doch Engagement braucht auch Schutz: In den vergangenen Monaten hat die politische Auseinandersetzung eine neue Schärfe bekommen: Anfragen einzelner Bundestagsfraktionen zum Beispiel zur »politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen« setzen zivilgesellschaftliche Gruppen pauschal unter Generalverdacht – ein Vorgehen, das breite Kritik auslöste, weil es weniger Aufklärung als Einschüchterung beförderte. Dies wird zunehmend verstärkt von rechtspopulistischen Medien. Wer so Vertrauen systematisch in Misstrauen übersetzt, will nicht kontrollieren, sondern delegitimieren – und trifft Millionen Ehrenamtliche, die unsere Demokratie täglich tragen.

In einer Zeit, in der zivilgesellschaftliche Organisationen beschimpft werden, ihre Legitimität in Frage gestellt und ihre Finanzierung politisch instrumentalisiert wird, müssen wir festhalten: Wer die Zivilgesellschaft angreift, greift die Demokratie selbst an. Denn sie ist ihr Rückgrat – der Ort, an dem Meinungsverschiedenheiten ausgetragen, Kompromisse geübt und Gemeinsinn gelernt werden. Wenn das Klima für Engagierte vergiftet wird, verliert der Staat nicht nur Helfer, sondern auch Halt. Cicero wusste, dass Gemeinwesen nur so stark sind wie das Verantwortungsgefühl ihrer Bürger. Zwei Jahrtausende später gilt das immer noch. Der Staat ist keine ferne Macht, er ist die Summe seiner Bürgerinnen und Bürger. Wer mitmacht, gehört dazu – und hält das Land zusammen.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 12/2025](#).